
Ina Ritter

Von der Schwierigkeit, Brüche des Umbruchs zu kitten

Frauen in den östlichen Bundesländern auf der Suche
nach gesellschaftlicher Orientierung

Ina Ritter, geb. 1963 in Neukirchen-Vluyn, Studium der Erwachsenenbildung in Hannover, war bis Juni 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hannover, seitdem ist sie freie Mitarbeiterin im Institut für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit.

Im Jahr Sechs nach der deutschen Vereinigung scheint ausgemacht: Die Frauen in den ostdeutschen Ländern erweisen sich als die Verliererinnen des gesamtdeutschen Gewinns. Mit dem Zusammenbruch des realen Zerrbildes einer sozialistischen Gesellschaftsordnung fielen für die Menschen dort auch — großenteils staatlich organisierte und abgesicherte - soziokulturelle Lebenszusammenhänge weg. Von der Notwendigkeit einer - nun in individueller Verantwortlichkeit liegenden - gesellschaftlichen (Neu)Orientierung sind Frauen in spezifischer Weise betroffen. Bestand das Frauenleitbild in der DDR vor allem aus einem fusionierten Gesamtporträt als Berufstätige, als gesellschaftlich-politisch Aktive und als Mutter, Ehe- und Hausfrau, so sehen sich die Frauen nun Mechanismen geschlechtlicher Deklassierung auf jedem dieser Tätigkeitsfelder ausgesetzt. Zugespitzt formuliert bedrohen Arbeitsplatzverluste ihre Berufstätigkeit, Geschlechterhierarchie und fehlende gesellschaftliche Anerkennung ihre Wertschätzung als Reproduktionsarbeiterin sowie die schärfere Ausgrenzung der Politik aus der Gesellschaft ihr gesellschaftspolitisches Engagement. Diese biografischen Brüche müssen unter Bedingungen eines turbulenten soziokulturellen Wandels bewältigt werden. Anstelle der paternalistischen Fürsorgeleistungen des DDR-Staates sind gesellschaftliche Modernisierungsanforderungen getreten, die zwar eine Vielfalt individueller Handlungsoptionen eröffnen, die aber auch Verunsi-

cherungen und Orientierungslosigkeiten auf selten der Individuen nach sich ziehen. So können Modernisierungsanforderungen, z. B. durch die Auflösung traditioneller Sozialbindungen, für die Individuen die Chance bieten, alternative Lebensformen jenseits der Familie zu realisieren oder auch die Möglichkeit beinhalten, in der Erwerbsarbeit gleichermaßen wie im Lebensalltag gefordert zu werden und sich entwickeln zu können. Allerdings sind in diesen exemplarisch aufgezeigten Möglichkeiten auch Risiken enthalten. Die Erosion sozialer Zusammenhänge bedeutet zugleich, daß die Individuen bei der Absicherung ihrer existenziellen Lebensgrundlagen auf sich selbst gestellt sind, womit die Gefahr von Vereinzelung verbunden ist. Zudem verweisen die veränderten Ansprüche an die Erwerbsarbeit und der schnelle Wandel der Berufe die Vorstellung einer kontinuierlichen Erwerbsbiografie in die Vergangenheit.

Die Risiken zu bewältigen und die vielfältigen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu ergreifen, stellt sich als individuelle Aufgabe. Die sinkende Erwerbsbeteiligung ebenso wie die steigende Arbeitslosigkeit von Frauen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren in den ostdeutschen Bundesländern legen ein beredtes Zeugnis davon ab, daß insbesondere diese Altersgruppe von den Risiken gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse betroffen sind. Zwar führten die DDR-staatlichen Fürsorgeleistungen nicht zu einer klassenlosen Gesellschaft, trugen aber immerhin zu einem weitgehend einheitlichen Sozialgefüge bei: „Unterschiede, bedingt durch Bildung, beruflichen Status, Alter, Geschlecht, waren zwar vorhanden, traten aber eher verdeckt auf und waren auch geringer. Auf dem Weg in die individualisierte Risikogesellschaft werden diese Differenzierungen verstärkt, beschleunigt und existenziell bedeutsam.“¹ Heute erweisen sich diese Unterschiede als potentielle „Defizitmerkmale“ vor allem von Frauen, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt wie auch für ihre soziale Integration, die wesentlich an die Bereitstellung von gesellschaftlich organisierten Kinderbetreuungsmöglichkeiten gekoppelt war sowie für ihre Möglichkeiten einer selbständigen Lebensplanung überhaupt.

Ich möchte vor allem der Frage nachgehen, wie Frauen die biografischen Brüche der Vereinigung in ihren Lebensalltag integrieren. Dabei spielen Frauen die Hauptrolle, die von den angeführten „Defizitmerkmalen“ besonders betroffen sind, aber dennoch in ihrer Suche nach kollektiven Lösungswegen nicht resigniert haben.

Vom Einsatz gegen soziale Ungerechtigkeit für ein besseres Morgen im Lichte der Vergangenheit

Die Frauen, die im Blickfeld der folgenden Ausführungen stehen, sind zwischen 30 und 50 Jahre alt und gehen einer Berufstätigkeit nach. Weiterhin leben sie in familiären Zusammenhängen, aus denen ihre Kinder allerdings

¹ Vgl. Ulrike Helwerth/ Gislinde Schwarz, Von Muttis und Emanzen. Feministinnen in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/M. 1995, S. 184.

z. T. entwachsen sind. Allen gemeinsam ist ihr gewerkschaftliches Engagement auf Kreisebene der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).²

Das Selbstbild, das die interviewten Frauen von sich entwerfen, steht gewissermaßen auf den drei Eckpfeilern ihrer Tätigkeiten in Familie, Beruf und ehrenamtlichem, hier gewerkschaftlichem Engagement. Nach diesem durchgehaltenen, traditionellen DDR-Muster gilt es in erster Linie, alle drei Tätigkeitsbereiche im alltäglichen Lebenszusammenhang in einen Einklang zu bringen, der auch früher faktisch eher ein disharmonischer Dreiklang war, was bedeutet, den jeweiligen bereichsspezifischen Anforderungen Folge zu leisten, ohne daß einer der drei vernachlässigt wird. Dieser Versuch einer Praxis des ausgewogenen Dreiklangs wird von den Frauen sowohl mit einer individuellen als auch mit einer gesellschaftlichen Sinndimension aufgeladen, die sie als wesentlich für ihre Persönlichkeitsentwicklung behaupten.

Über diese nicht weiter benannten Aspekte der individuellen Entwicklung hinaus nimmt die Dimension der gesellschaftlichen Sinnhaftigkeit der Tätigkeiten der Frauen eine zentrale und auch nicht unproblematische Rolle ein. In ihren Schilderungen beschreiben sie sich als Kämpferinnen gegen soziale Ungerechtigkeit. Indem sie ihre Tätigkeiten dem Ideal einer sozial gerechteren Gesellschaft unterstellen, entwerfen sie zugleich ein defizitäres Bild von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese müssen sich am Maßstab sozialer Gerechtigkeit messen lassen, der wiederum made in GDR ist, womit DDR-spezifischen Sozialregelungen auch gegenwärtig Gültigkeit verliehen werden kann. Der aktuelle Mangel an Kinderbetreuungsplätzen, die steigende Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit, die dem Ehemann die Alleinverantwortlichkeit für die Existenzsicherung der Familie überträgt, die Änderungen in den Verhaltensweisen der Geschlechter zueinander, die individualistische Selbstmodellierung junger Frauen im Fitneßstudio u. a. m. werden als Kennzeichen der dekadenten westlichen Lebensverhältnisse bestimmt. Sie erscheinen als Veränderungsmomente des alltäglichen Lebens in den östlichen Bundesländern gleichermaßen wie als Ausdruck von soziokulturellen Krisenphänomenen. Diese gesellschaftlichen Mißstände erinnern die Frauen aus DDR-Zeiten nicht, denn im Gegenteil griffen dort die sozialen Fürsorgeleistungen des Staates, die als Positivum gewertet werden. Der Bedeutungsgehalt von sozial gerechten Verhältnissen kristallisiert sich diskursiv über den Vergleich der aktuellen, westlich geprägten Lebensbedingungen mit den DDR-spezifischen Verhältnissen heraus. Ein Vergleich der sozialen Regelungen der DDR-Gesellschaft mit den antizipierten sozialen Konsequenzen von realisierten Modernisierungsanforderungen der Individuen lassen die Waagschale von sozialer Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit zu-

² Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Ergebnisse des von der Hans-Böckler-Stiftung u. a. geförderten Projektes „Plurale Solidarität durch Diskursfähigkeit“, das vom Institut für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit unter der Leitung von Rainer Zech an der Universität Hannover durchgeführt wurde. In diesem Projekt wurden Gruppeninterviews mit ausgewählten Mitgliedergruppen und mit ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären der GEW ausgewertet.

ungunsten der westlichen Lebensverhältnisse ausschlagen. Aus der Kritik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse ergibt sich für die Frauen eine Perspektive, die einer Wiederbelebung von sozialen Regelungen und kulturellen Gewißheiten der DDR-Gesellschaft gleicht und die damit zugleich eine gesellschaftliche Orientierung für die Frauen bietet.

So erkennen die Frauen denn auch in vielen gesellschaftlichen Bereichen soziale Ungerechtigkeiten, für die sie die mangelhafte staatliche Fürsorge - wie z. B. in bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit - ebenso wie egoistische Verhaltensweisen verantwortlich machen. Die Interviewten kritisierten beispielsweise andere Frauen, die ihre berufliche Karriere zielstrebig verfolgen. Diese Karriereambitionen werden mit der Konsequenz belegt, daß die Familie, soweit überhaupt noch eine vorhanden ist, daran über kurz oder lang zerbricht.

Soziale Ungerechtigkeit wird in den Schilderungen inhaltlich gefüllt, indem die Frauen anhand von verschiedenen Gruppen in mehreren gesellschaftlichen Bereichen die negativen Veränderungen heute im Vergleich zu früher darstellen. Da sie selber ihr Handeln dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit verschrieben haben, liegt in den negativen Kennzeichnungen der Gruppen eine Abgrenzung. Die Abgrenzung ermöglicht es, die biografischen Erfahrungszusammenhänge aus der DDR in eine Kontinuität zur Gegenwart zu stellen. Vermittels eines gemeinsam hergestellten Sinnzusammenhangs können die Frauen die mit der Vereinigung eingeleiteten biografischen Brüche durch die Abgrenzung gegenüber Gruppen, die als Ausdruck für die soziale Ungerechtigkeit und Dekadenz der westlichen Lebensverhältnisse stehen, überbrücken. Neben den bereits erwähnten rücksichtslosen Karrierefrauen werden folgende Gruppen benannt: privatisierende Frauen; arbeitslose, deprimierte Frauen; aufstiegsorientierte Lehrerinnen und Lehrer in der DDR; die orientierungslose Jugend von heute; Kinder von morgen in einer verwüsteten Welt; machtbesessene Berufspolitikerinnen und -politiker; kleinlaut-angepaßte politisch ehrenamtlich aktive Männer; an ihren Posten klebende hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionäre; geifernde frauenbewegte West-Frauen und saturiert-ignorante Gewerkschaftskollegen aus dem Westen. Hervorgehoben werden immer Handlungsweisen, die sich allein auf die Erreichung individueller Interessen beziehen unter Vernachlässigung der Verantwortlichkeit der/des einzelnen für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Mit der Abgrenzung wehren die interviewten Frauen zugleich gegenwärtige Individualisierungsanforderungen ab, denen sie als Alternative die sozial gerechteren Regelungen der DDR entgegensetzen. Das Gegensätzliche erscheint heute als das Fremde gegenüber der vergangenen Unterordnung individueller Interessen unter das Ideal einer sozialistischen Gesellschaftsform in der DDR.

Neben den Abgrenzungen erhält die spezifische Altersspanne der untersuchten Gruppe von Frauen eine besondere Bedeutung. Aufgewachsen sind sie unter DDR-spezifischen Bedingungen. Diese Frauen verlebten ihre Kind-

heit und Jugend in Verhältnissen, die im Zeichen eines zu entwickelnden sozialistischen Gesellschaftsmodells standen. In der politischen Abgrenzung gegenüber der kapitalistisch geprägten westlichen Welt gerann die Utopie der sozialistischen Gesellschaft zu einem Ideal, dessen Realisierung als politisch kollektiver Auftrag allen übertragen war. Dem Ideal dieses Gesellschaftsmodells haftete ein transzendentaler Charakter an, d. h. es war noch zu erreichen, so daß das gegenwärtig real Existierende mit dem Kennzeichen des Auf-dem-Wege-Seins versehen war.

Der in dem Ideal enthaltene Kollektivgedanke war vor allem für die Generationen prägend, die maßgeblich in der Nachkriegszeit und der folgenden Ära des Kalten Krieges sozialisiert wurden. Der Kollektivgedanke des Ideals einer sozialistischen Gesellschaft durchdrang die gesamten Lebensverhältnisse. Nach der Ideologie der DDR konnten sich individuelle Interessen und Bedürfnisse allein in der kollektiven Praxis entfalten, eine Praxis, die den gesellschaftlichen Anforderungen und Notwendigkeiten unterstellt war und die auf das Ziel ausgerichtet war, eine bessere, weil sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen. Die Wertung einer besseren Gesellschaftsordnung speiste sich aus der politischen Abgrenzung nach außen, gegenüber den kapitalistischen Gesellschaftsordnungen der westlichen Welt mit ihrer manifesten Inhumanität. Dieser politischen Sichtweise entsprach die Eingrenzung nach innen, indem das Ideal der sozialistischen Gesellschaft ideologisch mit sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Frieden gefüllt wurde, Meilensteine auf dem Weg in eine humanere Gesellschaft. Die Kehrseite des kollektiven „Wir“ kann zugleich als Verschleierung der realen Macht- und Herrschaftsverhältnisse bezeichnet werden; die politischen Entscheidungen fanden anderswo statt und waren für die Individuen weder einsehbar noch kalkulierbar. Die politische Dimension der gesellschaftlichen Tätigkeiten der Individuen war angesichts ihrer realen Ohnmachtserfahrungen eher an dem transzendentalen Ideal einer zu erreichenden Gesellschaftsutopie ausgerichtet.

Die gesellschaftliche Moral zentrierte sich um die politische Aufgabe, beim Aufbau des Sozialismus, der als Utopie für eine soziale, demokratische, gerechte und möglichst gewaltfreie Gesellschaft fungierte, aktiv mitzuwirken. Die Unterordnung des individuellen Handelns unter das idealistische Ziel des Sozialismus ließ jegliche Tätigkeit zu einer gesellschaftspolitischen Angelegenheit werden. Die individuelle Sinnfrage war dem politischen Handeln immanent. „Politisches Handeln war damit auch die Suche nach Erfüllung.“³

Die interviewten Frauen konstruieren sich auch heute als Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit in einer Welt, die, im Vergleich zu den DDR-spezifischen Sozialregelungen, in einem Alltag von sozialer Ungerechtigkeit zu versinken droht. Damit können sie eine biografische Kontinuität herstellen, die in einem Sinnzusammenhang, dem Kampf für eine bessere Gesellschaft,

³ Vgl. Rainer Zech, *Subjekte im Übergang. Eigenes und Fremdes*, in: psychosozial, 18. Jahrgang, Nr. 62, Heft IV, 1995, S. 99.

zugleich in die Zukunft reicht. Es wird hier gewissermaßen eine vergangenheitsorientierte Zukunftsperspektive konstruiert, in der das Handeln in der und für die Gegenwart merkwürdig ausgeschlossen bleibt. Der Maßstab des Handelns ist der Vergangenheit entlehnt und auf die Zukunft gerichtet. Ihre Beständigkeit erhält diese Konstruktion aus der Neu- und damit auch immer Fremdheit der durch die Vereinigung veränderten Lebensverhältnisse für die Individuen. Die Prozesse des soziokulturellen Wandels in ihren je west- und ostspezifischen Ausprägungen haben erst begonnen. Solange die Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West sowie die Akzeptanz der unterschiedlichen soziokulturellen Erfahrungszusammenhänge nicht zur alltäglichen Normalität geworden ist, bleibt der Raum frei für die Vergangenheit als „bessere“ zukünftige Alternative, wird Fremdes weiterhin als Bedrohung und nicht als Bereicherung erlebt.

Unterbrechungen, Lachen, Schweigen - Vom Modus vivendi in der Kommunikation

Weiterhin speist sich die Beständigkeit der Konstruktion der gesellschaftlichen Orientierung der interviewten Frauen aus der spezifischen Weise ihrer Kommunikation miteinander. Der Kommunikationsmodus wird getragen von gegenseitigen Unterbrechungen, die der inhaltlichen Bestätigung und Weiterführung des zuvor Gesagten dient. Die Frauen erwecken gegenüber Dritten den Eindruck, als dächten sie mit *einem* Kopf, sprächen mit *einer* Zunge und handelten als *eine* Person.

Neben den inhaltlich bestätigenden Unterbrechungen ist die Kommunikation der Frauen in auffälliger Weise von Schweigen und Lachen durchzogen. Das Lachen erhält vor allem dort eine besondere Bedeutung, wo die Fremdheit der Erfahrungszusammenhänge in Ost und West thematisiert wird. Die Frauen kritisieren eine immer noch vorhandene Abwertung ihrer soziokulturellen Erfahrungszusammenhänge, die in Verhaltensweisen der Westdeutschen deutlich werden. Die individuellen Erfahrungszusammenhänge der Menschen in den westlichen Bundesländern spiegeln kontinuierliche gesellschaftliche Verhältnisse wider, die der Menschen aus den östlichen Bundesländern spiegeln Diskontinuität und vor allem Vergangenheit. Das auffällig häufige Lachen erscheint als Möglichkeit für die Frauen, in Distanz zu dem bedrückenden Bedeutungsgehalt der Fremdheit zwischen Ost und West treten zu können.

Zielt die Frage auf die geschlechterspezifischen Aspekte des Lebensalltags, durchzieht Schweigen den Diskurs. Mit dem Schweigen umhüllt Sprachlosigkeit dieses Thema, womit es ohne Worte sowohl umgangen ist als auch in seiner Bedeutung bestätigt wird. Sprachlosigkeit verweist aber auch auf ein Tabu, d. h. auf eine noch aus der DDR stammende Nicht-Thematisierung, die in dem Diskurs von den Frauen nicht reflexiv gebrochen werden kann.

Mit den Mitteln der gegenseitig bestätigenden Unterbrechungen, des Lachens und des Schweigens weben die Frauen in ihrem Diskurs ein Netz von

Einigkeit, in dem sie Tabus aus der DDR fortsetzen und Grenzziehungen gegenüber anderen Gruppen in der Gegenwart vornehmen können. Die nach außen sich abschließende und in sich einheitliche Kommunikation der Frauen verweist auf den starken Wunsch nach sozialer Integration und auf das dringliche Bedürfnis, sich als eindeutige und geschlossene Identität zu konstruieren sowie die entsprechenden Erfahrungen der Zerrissenheit in einen biografischen Selbstentwurf zu verdrängen. Der Kommunikationsmodus ermöglicht es ihnen, ihre vergangenheitsbestimmte Sinnkonstruktion auf Dauer aufrechtzuerhalten.

Gewerkschaftsorganisation als Ort der Zuflucht?

Die Einigkeit produzierende Kommunikation der Frauen bedarf einer Abgeschlossenheit nach außen, was gleichbedeutend ist mit einer sozialen Grenze gegenüber anderen. Damit komme ich auf den letzten Aspekt zu sprechen, der die Suche der Frauen nach kollektiven Lösungswegen für die biografischen Brüche begleitet: das gewerkschaftliche Engagement. Zunächst bietet die Gewerkschaft den Organisationsrahmen, in dem sich die Frauen treffen können. Die in gewerkschaftlichen Zusammenhängen praktizierten Kommunikations- und Politikformen weisen ebenfalls einen hohen Grad an Geschlossenheit auf, der jedoch nicht beliebig ist. Nach innen muß der Kontakt zu anderen Gremien und Organisationsebenen gehalten werden. Nach außen ist, zumindest vom Anspruch her, eine organisationsspezifische Offenheit gegenüber den Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern nötig. Diese werden jedoch Schwierigkeiten haben, Anschluß an die Kommunikationsform der Frauen herzustellen. Dies betrifft insbesondere jüngere Menschen mit anderem Erfahrungshintergrund.

Den interviewten Frauen bietet allerdings das gewerkschaftliche Engagement auf Kreisebene auch viele Möglichkeiten der Ausgestaltung der politischen Arbeit vor Ort: von traditionell gewerkschaftlicher Arbeit, wie Rechtsschutzberatung, Personalvertretung u. a. m., über die sozialere Gestaltung von Kindertagesstättenplätzen und Bereitstellung von Spielplätzen bis hin zum Engagement gegen Rechtsextremismus sind viele Themen möglich und nötig. Ihr sozialarbeiterischer Habitus findet in der politischen Tätigkeit vor Ort immer wieder ein Wirkungsfeld, sei es in dem Eintreten für sozial entrechtete Gruppen wie jugendliche Langzeitarbeitslose und/oder für Menschen, die von der Abkehr des falschen Weges individualistischer Lebensweisen zu überzeugen sind. So können die Frauen auf individueller Ebene über ihr gewerkschaftliches Engagement die Konstruktion ihrer gesellschaftlichen Orientierung in der wechselseitigen kommunikativen Bestätigung und ihrer Praxis vor Ort stützen.

Das historisch gewachsene gewerkschaftliche Selbstverständnis wird auch von dem Anspruch getragen, im organisatorischen Zusammenschluß für die Interessen der Lohnabhängigen und Schwachen einzutreten und zu agieren. Darin ist der Bedeutungsgehalt eingeflochten, gesamtgesellschaftlich für

gerechtere Verhältnisse zu kämpfen. Die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit für das gewerkschaftliche Selbstverständnis findet in der gegenwärtig immer noch wirksamen Auffassung von Solidarität, basierend auf einer „prästabilisierten Einigkeit“, eine Zuspitzung. „Zusammengefaßt: Solidarität, aus objektiver Not geboren, wegen subjektiver Schwäche geübt, auf prinzipielle Interessenidentität gegründet, durch äußere Bedrohung gefährdet, von historischem Sendungsbewußtsein getragen, ist das Lebenselixier der Gewerkschaft.“⁴ Die Organisationskultur ist geprägt von einem Verständnis als „Schutz- und Kampfbündnis“, in dem sich individuelle Interessen und Bedürfnisse den Erfordernissen der Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten unterzuordnen haben. Auch dieses Verständnis konstituiert sich über Abgrenzungen, und zwar sowohl nach innen als auch nach außen. Die Basis für organisationspolitisches Handeln bildet eine ideologische Einigkeit der Mitglieder sowie der Funktionärinnen und Funktionäre, die z. B. gerade in Zeiten der Tarifverhandlungen oder, wie aktuell der Fall, in *Zeiten* des massiven Sozialabbaus in Appellen an die Demonstration einer einheitlichen Solidarität besonders virulent wird.

Andere Forschungsergebnisse des Instituts für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit über „Demokratie- und Kommunikationsprobleme bei Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionären in den neuen Bundesländern“ gegenüber den Mitgliedern verdeutlichen die Übereinstimmung des sozialarbeiterischen Habitus von Gerechtigkeit mit der Leitdifferenz der Gewerkschaft.⁵ Das einheitsstiftende und avantgardistische Moment der gewerkschaftlichen Tätigkeit wird verstärkt durch die Tatsache einer passiven Erwartungshaltung der Mitgliedschaft an die Organisation. Die Mitglieder werden als unengagiert und privatisierend oder als Opfer dargestellt, die es im Sinne einer sozial besseren Gesellschaft zu bekehren gilt. „Die eher traditionelle Vertreterpolitik in ihrer Strukturierung von oben nach unten ist - im Gegensatz zum Westen - von beiden Seiten noch weitgehend akzeptiert. (...) Daher wünscht die Masse der Funktionärinnen und Funktionäre auch nur eine Effektivierung ihrer Apparatepolitik — keine Modernisierung, denn noch funktioniert sie, und man fühlt sich dadurch in der Richtigkeit der eigenen Weltsicht bestätigt.“⁶

Das kollektive Moment des Schutz- und Kampfbündnisses, die Parteilnahme in der Interessenvertretung für abhängig Beschäftigte sowie die latent gesellschaftlich oppositionelle Position sind Aspekte von gewerkschaftlicher Organisation, die mit dem DDR-geprägten Verständnis der Frauen von sozial gerechteren Gesellschaftsverhältnissen korrespondieren. Die gesellschaftliche Sinngebung, die die Frauen ihrem Handeln beimessen, erhält auch über das gewerkschaftliche Selbstverständnis Bestätigung.

4 Vgl. Hans-Jürgen Arlt, Kampfkraft kommt aus Kommunikation - oder verkümmert, in: GMH 5/94, S. 283f.

5 Vgl. Christiane Ehses/ Rainer Zech, Die Avantgarde lebt! Demokratie- und Kommunikationsprobleme bei Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionären in den neuen Bundesländern, in: Rainer Zech (Hrsg.), Demokratie. Kommunikation, Solidarität. Probleme gewerkschaftlicher Politik, Band 4. Hannover 1995.

6 Vgl. Ehses/Zech, S. 53.